

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
1,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post-  
bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband  
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,  
jährlich. Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M.,  
Abaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Dritte Straße 80b.

Die abgesetzten Konzeptsätze oder deren Raum kostet 2,- M., einschließlich  
Zerlegungssatz, 2. Auflage; Das fertige Drucke Wort 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Zerlegungssatz. Einmalige Anzeigen laut Tarif,  
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Einmal-Gesuche  
in Wort-Anzeigen: das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Zerleger: Centrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Gegen den Krieg der Polen!

#### Keine Kriegstransporte für Polen Danzig, 22. Juli.

Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist gestern morgen im Hafen von Neufahrwasser ein polnischer Dampfer mit Kriegsmaterial für Polen eingelaufen, den die Hafenarbeiter mit Gewalt entladen wollten. Da die Arbeiter sich weigerten, diese Arbeit auszuführen, bemühte sich der polnische Vertreter um die Vermittlung des Christlichen und des Deutschen Transportarbeiterverbandes und begab sich mit den Führern der Organisationen nach Neufahrwasser; eine Einigung kam jedoch nicht zustande, da die Arbeiter drohten, die gesamte Hafensarbeit zum Stillstand zu bringen, wenn einige Arbeitswillige die Arbeit aufnehmen würden. Die Delegationsvertreter haben daraufhin ihre Vermittlungstätigkeit eingestellt.

#### Ein Aufruf der Sowjet-Regierung

Die russische Sowjetregierung hat einen Aufruf an die Arbeiter, Bauern und alle ehrlichen lokalen Bürger Sowjetrußlands erlassen, in dem sie die Grundzüge ihrer Außenpolitik und die Gründe der Ablehnung des Vermittlungsverschlages der Entente darlegt. Der Aufruf lautet:

Die englische Regierung wandte sich am 11. Juli an uns mit dem Vorschlag, den Krieg mit Polen zu beendigen und Friedensverhandlungen einzuleiten. Wir sollten bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf eine Grenze zurückgehen, die vorher durch die Friedenskonferenz bestimmt war. Wir haben ablehnend geantwortet.

Ueber diese Handlung legen wir Rechenschaft vor dem russischen und ukrainischen Volke ab und drücken die feste Ueberzeugung aus, daß unser Wort auch bis zum polnischen Volke dringen wird. Wenn England wirklich seinen Krieg wünscheln würde, so müßte es auf die Unterstützung Polens durch Kriegsmaterial und Geld verzichten. Die Verhandlungen mit uns führt England, um seine Arbeitermassen einzuschlängeln. Lord Curzon beruft sich auf den Völkerbund, in dessen Namen er mit seinem Vorschlag auftritt. Aber zu den Mitgliedern dieses Bundes gehört auch Polen, das gegen uns einen räuberischen Feldzug eröffnet hat. Alle Mitglieder des Völkerbundes, besonders Frankreich, England und Mexiko sind mit Leib und Seele verbunden in der Entschlossenheit, den Krieg gegen die Ukraine und Rußland durch Polen.

Am 9. März haben wir uns an sie mit der Aufforderung gewandt, die zum Schlag erhobene Verbrechenhand zurückzuhalten. Sie haben nicht geantwortet. Jetzt ist dem weißgardistischen polnischen Heere durch die Rote Armee ein schwerer Schlag zugefügt worden. England schlägt uns die Vermittlung zum Waffenstillstand vor. Curzon erklärt, daß die Verhandlung zu Handelsbeziehungen die Nichtermittlung Rußlands und Großbritannien... Er hält sich für berufen nicht nur zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands, sondern auch dazu, Teile des Gebietes der federativen Sowjetrepublik einzelnen Abenteuerern, die dem großbritannischen Imperialismus dienen, zu schenken.

Unsere Ablehnung der feindseligen Vermittlung bedeutet keine Wenderung unserer Politik in bezug auf Polen. Sowjetrußland achtet sorgfältig auf die Rechte anderer kleiner Völkerstaaten. Das Beispiel Estlands, Georgiens und Litauens beweist das. Mit diesen Ländern haben wir ohne Vermittlung des Völkerbundes Frieden geschlossen. Wir führen Friedensverhandlungen mit Finnland, Lettland, Armenien. Auch diese Verhandlungen werden in kurzer Zeit zu friedlichen Beziehungen führen.

Sowjet-Rußland hat mehrere Male Polen den Frieden vorgeschlagen. Wenn es sich jetzt unmittelbar an uns wenden wird, werden die friedlichen Beziehungen zwischen Rußland und Polen schneller und dauerhafter auf diesem geraden Wege hergestellt werden als durch die Entente. Die wirklichen Grenzen Polens, die Sowjetrußland zusammen mit den Vertretern des polnischen Volkes festsetzen wird, werden östlich der Grenzen verlaufen, die von den Imperialisten Londons und Paris, die gleich feindselig und verhaßt den arbeitenden Massen Polens und Rußlands gegenüberstehen, fortgesetzt worden sind.

Wenn Polen einen ehrlichen Frieden, ehrliche Grenzen haben wollte, es würde schon lange einen ehrlichen Frieden mit uns erreicht haben. Wenn wir die Vermittlung des Völkerbundes im Kriege mit dem weißen Polen und dem Baron Wrangel ablehnen, so heißt das nicht, daß wir die Verhandlungen mit England und anderen Ländern, die dem Völkerbunde angehören oder nicht angehören, nicht fortsetzen wollen. Unsere Friedenspolitik bleibt unverändert. Wir sind jederzeit bereit, in Handelsbeziehungen mit den industriellen Kaufleuten und Kapitalisten einzutreten. Wir sprechen ihnen aber das Recht ab in der Rolle der Retter der kleinen Völker und der Friedensstifter im Bürgerkrieg aufzutreten. Wir kennen sie, wir trauen ihnen nicht, wir warnen die arbeitenden Massen Frankreichs, Englands und Polens und aller anderen Länder vor dem Vertrauen zu den bürgerlichen Regierungen, die unverbesserlich in ihrer Gier sind, unverzüglich in ihrer Niedertracht, unermüdetlich in ihrem Verbrechen. Sie machen wäntende Anstrengungen, um Rumänien und andere unserer Nachbarstaaten in den blutigen Abgrund des Krieges zu stoßen.

Seld auf der Hut, rote Soldaten, Arbeiter, Arbeiterinnen, Bauern, Bäuerinnen! Mit verdoppelter Kraft erfaßt unser revolutionäres Schwert. Den Kampf für die Befreiung und Blüte Sowjetrußlands wollen wir zu Ende führen. Helfen wir den pol-

nischen Arbeitern und Bauern, sich von ihren polnischen und ausländischen Unterdrückern zu befreien.

Vorwärts bis zur vollen Zertrümmerung der weißgardistischen Wrangelbanden!

Nieder mit den Junkerlichen Bergewaltigern Polens!  
Es lebe die Rote Armee der Arbeiter und Bauern!

#### Vor der Räumung Bialostok L. U. Paris, 22. Juli.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind 20 russische bolschewistische Divisionen herangeführt worden und sind an der Offensive im Norden zwischen Suwalki und Augustowo beteiligt. In Kürze soll eine Entscheidungsschlacht stattfinden. Wie weiter gemeldet wird, bereiten die Polen die Räumung Bialostok vor.

#### Räumung Warschaws durch die Zivilbevölkerung S. R. Paris, 22. Juli.

Hier liegen Nachrichten über die Räumung Warschaws durch die Zivilbevölkerung vor. Genaue Angaben über die Lage an der polnischen Front fehlen jedoch, da seit zwei Tagen kein polnischer amtlicher Bericht mehr eingetroffen ist.

#### Polnischer Frontbericht L. U. Warschau, 22. Juli.

Polnischer Heeresbericht vom 22. Juli: Südlich Grodno befinden sich unsere Abteilungen an der Landstraße Sotoko-Grodno im Kampfe und verdrängen den Gegner aus den Orten Koropozycze, Kamionka, Reizanka und näherten sich den Forts von Grodno. An der Stara Plänkeleien und Erkundungsgeschichte. Bei Moskale verfuhrte der Feind überzugehen wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Nördlich Sionim sind heftige Kämpfe im Gange. Der Feind verfuhrte hier den Fluß zu forcieren, wurden jedoch gezwungen, an das westliche Ufer zurückzugehen. Bei Bolisse Plänkeleien und Dorfgeschichte. Bei Golzys wollte der Feind den Bobret passieren, wurde jedoch abgewiesen. Bei Rzeczycze und Kulczyce stehen unsere Abteilungen im schweren Kampfe mit den Bolschewisten. Ostlich von Bozycze verdrängen wir den Feind aus Jezorko und Kietaczel und erbeuteten eine Menge Kriegsmaterial. Auf der Linie Radzivilow-Dubno dauern die schweren Kämpfe den ganzen Tag über an. Heftige Angriffe des Feindes bei Krzywet (?), nördlich Belozozza wurden zurückgeschlagen, ebenso die schweren Angriffe, die der Gegner ohne Rücksicht auf die ungeheuren Verluste nördlich des Jezorko machte. Diese Kämpfe dauern zurzeit noch mit unverminderter Heftigkeit an.

(Siehe auf Seite 3.)

#### Italien und Sowjetrußland Rom, 22. Juli.

„Kvanti“ erfährt, daß die italienische Regierung dem Vertreter der Sowjetregierung Wodomostry einige Vorrechte zugestanden habe, die gewöhnlich den diplomatischen Agenten bewilligt werden.

#### Das Programm der baltischen Konferenz L. U. Kopenhagen, 22. Juli.

Die bevorstehende baltische Konferenz in Riga wird sich unter anderem mit folgenden Fragen beschäftigen: Handelsverträge, gemeinsame Bankpolitik, Balutafragen, Industrieförderung, gemeinsames Gewicht- und Maßsystem, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr. Auch militärische, politische, rechtliche, sanitäre, soziale und kulturelle Fragen sollen erörtert werden.

#### Deutsch-lettischer Friedensvertrag Riga, 22. Juli.

Wie die Telegraphenunion erfährt, ist am 20. Juli die lettische Friedensdelegation aus Berlin zurückgekehrt. Der am 15. Juli unterzeichnete Friedensvertrag mit Deutschland bedarf noch der Ratifikation durch den deutschen Reichstag und die lettische Nationalversammlung. Die Friedensverhandlungen mit Rußland werden in Riga fortgesetzt.

#### Kraffin auf der Fahrt nach London Kopenhagen, 22. Juli.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Kopenhagen: Die russische Handelsdelegation unter Führung Krasins und Kamenews kam am Dienstag hier an. Das englische Kriegsschiff, das sie nach England überführen sollte, hat Befehl erhalten, die Krasins nicht an Bord zu nehmen. Kraffin hat deshalb gestern versucht, einen privaten Dampfer zur Fahrt nach England zu erlangen.

#### Verhandlungen im Botschafterrat S. R. Paris, 22. Juli.

Der Botschafterrat ist heute morgen unter Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten, um die Teschener Frage weiter zu untersuchen. General Lerond wurde über die Lage in Oberschlesien gehört.

### Die standesherrlichen Bergregale

Preußen — heute wie ehemals immer das alte.

Während der kurzen Tagung vor der großen Sommerpause der immer noch „verfassunggebenden“ Preussischen Landesversammlung ist unter anderem auch der Gelehenwurf zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat in erster Lesung debattelos an den Handelsauschuß verwiesen worden. Die Öffentlichkeit hat alle Ursache, sich diesen Gelehenwurf recht genau anzusehen.

Um keinen falschen Verdacht aufkommen zu lassen, sei gleich vorweg bemerkt, daß dieser Gelehenwurf nicht etwa der Initiative der preussischen Regierung entspringen ist. Er ist vielmehr aus der zwingenden Vorschrift des vierten Absatzes des Artikels 155 der Reichsverfassung entstanden. Dort heißt es in der wortreichen, aber inhaltarmen Phrasologie, die der Reichsverfassung eigen ist:

Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gelehengebung auf den Staat zu überführen.

Unter Bergregal versteht man das Recht, in einem bestimmten Bezirk entweder selbst Bergbau zu treiben oder andere zum Bergwerkbetriebe zuzulassen. Im letzteren Falle leitet der Regalinhaber für sich das Recht ab, von den verbleibenden Bergwerken Abgaben zu erheben.

Das Bergregal hat seinen Ursprung in dem enormen Geldbedürfnis der alten Kaiser und Könige. Sie eigneten sich auf diese Weise die glänzenden Ausbeuten der ergiebigen Bergwerke an und sicherten sich einen mühselosen und beträchtlichen Anteil, den Berggehnten, an den weniger ergiebigen. In dem Maße, wie die sich ändernden wirtschaftlichen Grundlagen der alten Kaisermacht den Nährboden entzogen und die Macht der kleinen Territorialherren stärkten, ging auch das Bergregal in deren Hände über. Alle Versuche, die namentlich seit dem Erstarken der hohenzollernschen Hausmacht einleiten, es ihnen wieder zu entwinden, hatten nur einen sehr bescheidenen Erfolg. Die Regalrechte verblieben auch dann noch den Duobezürsteten, als diese zum großen Teil infolge der napoleonischen Aufraumungsarbeit entthront wurden. Sie konnten sie auch weiterhin ausüben, als mit dem Allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865 unter dem Einfluß der Manchesterdoktrin das staatliche Bergregal faktisch beseitigt wurde. Und bei der Miquelischen Steuerreform von 1892/93 wurde die vom Staat bis dahin erhobenen Bergwerksabgaben nicht aufgehoben, sondern nur „außer Hebung gesetzt“, um den feudalen Regalherren zu ermöglichen, ihrerseits die Abgaben auch weiterhin einzuhemsen. Dies sind typische Beispiele dafür, wie groß in Preußen-Deutschland der Einfluß von kaum zwei Dutzend hochadliger Familien bis in die neueste Zeit hinein gewesen ist.

Die finanzielle Bedeutung der Bergregale gewann in ungeahnter Weise mit der Aufnahme und dem riesenhaften Aufschwunge der Steinkohlegewinnung. Das geht recht deutlich aus den Zahlen hervor, die über die vom Herzog von Arenberg erhobenen Bergwerksabgaben veröffentlicht worden sind. Im Jahre 1888 begann die Hebung. Die eine damals abgabepflichtige Zeche hatte 379,47 M. zu entrichten. 1887 waren bereits 11 Zechen in Betrieb, die zusammen 101 037 M. Tribut an den Standesherrn abführen mußten. 1906 überschritten die Abgaben der nun vorhandenen 18 Zechen bereits die erste Million um 73 202 M. Sieben Jahre später brachte das Regal dem Inhaber 2 035 568 M. und im Jahre 1918 erreichte die Einnahme fast drei Millionen Mark. Inzwischen dürfte auch diese Summe entsprechend der gewaltig emporgeschmolzenen Kohlenpreise weit überholt sein. Alles in allem sind der bis zum hiesigen Hof- und Rentkammer solcherart her zum heutigen Tage etwa 40 Millionen Mark zugeflossen.

Diese Tatsache gewinnt jedoch noch einen beinahe schicksalhaften Anstrich dadurch, daß zu den Tributpflichtigen auch der preussische Bergfiskus gehört! Von 1904 bis heute hat er mehr als 3 Millionen Mark zur herzoglichen Hofhaltung beisteuern müssen. Dieser Treppenhöhe der Weltgeschichte wird noch pikanter durch die Tatsache, daß der Herzog von Arenberg in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bereit gewesen ist, sein Regal gegen eine Jahresrente von 1000 Talern oder entsprechenden der Kapitalsabfindung an den Staat abzutreten. Die abnungslosen Bureaucratenseelen lehnten damals das Angebot ab und die Arenbergschachten sich später eins ins Häußchen.

In dem eben erörterten Falle stehen uns genauere Zahlen zur Verfügung. Bezüglich der übrigen bestehenden privaten Bergregale ist das leider nicht der Fall. Der Gelehenwurf zählt in seiner Anlage fünfundzwanzig Privatebergregale auf. Einige sind mit der Zeit wertlos geworden oder haben nie eine besondere Bedeutung besessen. Den Umfang der übrigen sich etwas näher anzusehen, ist

aber auch von großem Interesse, denn das Recht auf Abgaben ist nur eine Seite der Sache; viel wichtiger noch ist das Recht, die Bodenschätze selbst zu heben.

Da ist zunächst das schon genannte Bergregal des Herzogs von Arenberg, umfassend den gesamten Landkreis Neudlinghausen mit 608 Quadratkilometer Flächeninhalt. Etwa 380 Millionen Tonnen Kohle sind bisher abgebaut worden. Bis zu 1200 Meter Tiefe dürften noch 7240 Millionen Tonnen Steinkohle anstehen. Das Bergregal des Fürsten Salm-Salm erstreckt sich gar über 1347 Quadratkilometer, das des Herzogs von Brog über 272 Quadratkilometer, das des Fürsten von Bentheim-Tecklenburg über 279 Quadratkilometer. Die Rechte der Erben des Fürsten Guido Händel von Donnersmard umfassen die freie Standesherrschaft Beuthen, Reuditz und Tarnowitz. Dem Grafen von Tiele-Winkler steht das Bergregal über die Herrschaft Mysłowiz und das Rittergut Rattowiz (ca. 225 Quadratkilometer) zu. Die Regalitätsrechte des Herzogs von Ratibor im ehemaligen Herzogtum Ratibor sind bestritten. Dagegen hat der Fürst von Pleß über seine 800 Quadratkilometer große Standesherrschaft Regalitätsrechte, die weiter gehen, als alle anderen.

An diesen wenigen Beispielen ist zu erkennen, was für gewaltige Gebietsteile in bergbaulicher Hinsicht durch eine handvoll bevorrechteter Leute okkupiert sind. Dem protestantischen Rechtsempfinden widerspricht es ganz und gar, daß die volkswirtschaftlich hochwertigen Bodenschätze der freien Verfügung einiger, nur auf ihre Profitinteressen bedacht Privilegierter unterliegen. Und darum war im November 1918 eine der ersten und wichtigsten Forderungen die der Ueberführung sämtlicher Bodenschätze in das Gemeineigentum. Versprechungen sind viele gemacht worden, aber eingehalten ist davon nichts. Nur die Ueberführung der privaten Bergregale auf den Staat ist als zwingende Vorschrift in die Reichsverfassung aufgenommen worden. Aber wie wird sie in dem Gehehewort, unterzeichnet von Braun (Soz.), Fischel (Dem.), Lüdemann (Soz.) durchgeführt?

Obgleich in dem oben zitierten Passus der Reichsverfassung mit keiner Silbe gesagt ist, daß die Ueberführung gegen Entschädigung vorgenommen werden mußte, hat sich die Regierung durch besondere Verträge zu folgenden Angelegenheiten verpflichtet. Herzog von Arenberg erhält fünf Jahre lang 14 Millionen, weitere fünf Jahre 1 Million und ab dem fünften Jahre 4 Millionen Mark jährlich. Fürst Salm-Salm bleibt ungeschädelt im Genuße der Bergwerksabgaben, die vor dem 11. August 1919 zum Zwecke der Ablösung in Hypotheken, Grundschulden oder Schuldverschreibungen umgewandelt worden sind. Von den nicht abgelösten Abgaben erhält er je fünf Jahre lang 4, 4 und 4 der bisherigen Einnahmen. Die fünfjährige Frist beginnt bei zwei weiteren Schachtanlagen erst, wenn sie in Betrieb genommen werden. Außerdem hat der Fürst das Recht, bis zum 1. Januar 1945 in dem bisherigen Regalgebiete noch 44 Maximalfelder zur Gewinnung von Steinkohle frei von Regalabgaben im Wege der Nutzung zu erwerben. Auch die Firma Krupp, die im Gebiet des Herzogs von Croÿ Bergbau treibt, darf bis 1. Januar 1935 noch 28 Maximalfelder hinguemuten. Und so geht es munter weiter.

Wenn oben aus der geschichtlichen Entwicklung des Bergregals hervorging, wie sehr unter dem alten Regime die Interessen einiger hochadeliger Familien bei der Gesetzgebung vor dem Allgemeininteresse den Vorrang genossen, so dürfen wir jetzt sagen, auch unter dem neuen Regime ist es keinen Deut besser. Die Regierung sucht in der Begründung über die Frage der Entschädigung mit einigen gewundenen Konstruktionen hinwegzukommen. Letzten Endes flüchtet sie sich hinter einen Beschluß der Landesversammlung vom 14. November 1919, wonach die Ueberführung der Bergregale an den Staat gegen angemessene Entschädigung erfolgen soll. Dieser Beschluß, der damals mit Hilfe der Rechtsjuristen zustande kam, steht aber im Widerspruch mit der Verfassung. Das schadet in diesem Falle jedoch gar nichts, weil es sich um die schwerreichen Kohlenmagnaten

handelt. Wenn Arbeiterforderungen in Frage kämen, wäre es natürlich etwas ganz anderes.

Das Proletariat verlangt mit allem Nachdruck, daß die privaten Bergregale ohne Entschädigung an den Staat überführt und zugleich die noch unerschlossenen Felder dem Zugriff des Privatkapitals entzogen werden. Von der Reichsregierung aber verlangen wir schleunigste Ueberführung aller Bodenschätze in das Gemeineigentum!

## Was soll werden?

### Die Bergarbeiter-Zeitung zur Kohlenfrage

Theodor Wagner, der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, veröffentlicht im „Gewerkschaftlichen Rundschauen“ einen Artikel „Spaa und das Kohlenproblem“. Er führt in demselben auf einen Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“, der anscheinend ebenfalls von ihm stammt. Danach erklärt die „Bergarbeiter-Zeitung“ zunächst ihre Bereitwilligkeit, am Wiederaufbau der ganzen Welt, mitzuarbeiten, soweit die Kräfte der Bergarbeiter reichen. Der Artikel gibt einige Zahlen über die Steinkohlenförderung in Deutschland an, denen wir folgendes entnehmen:

Die deutsche Steinkohlenförderung betrug im letzten Friedensjahr 1913 191.511.154 Tonnen. An Steinkohle, Koks und Bruchstein wurden angeführt 449.118.559 Tonnen, eingeführt 11.824.145 Tonnen. Der für Export übersehende Ausfuhrüberschuß betrug mithin 88.587.205 Tonnen. In Deutschland wurden demnach 1913 167.928.949 Tonnen Steinkohle verbraucht. Dagegen betrug die Steinkohlenförderung 1919 nur 116.673.000 Tonnen, blieb mithin unter dem Verbrauch von 1913 um 41.250.948 Tonnen zurück. Von Januar bis Mai 1920 betrug die Steinkohlenförderung 50.938.756 Tonnen gegen 44.458.294 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wir dürfen danach mit einer Jahresförderung an Steinkohle für 1920 von höchstens 125.000.000 Tonnen rechnen. Die Jahresförderung von 1920 wird also hinter dem Jahresverbrauch von 1913 um fast 33.000.000 Tonnen zurückbleiben.

Wagner schließt daran, daß die von der Entente geforderten Leistungen über die Kräfte der Bergarbeiter gehen, daß es ganz unmöglich sei, an die Entente 30 oder auch nur 24 Millionen Tonnen jährlich zu liefern, ohne daß wir uns selbst vernichten. Die Bergarbeiter hätten freiwillig Ueberhörschichten verfahren, um im Interesse der notleidenden Bevölkerung die Förderung zu heben. Gezwungen hätten sie dazu nicht werden. Obne oder gegen die Bergarbeiter sei das Kohlenabkommen mit der Entente also nicht einzuhalten. Eine Verständigung müsse daher gesucht und gefunden werden.

Das heißt, Wagner erklärt, daß die Bergarbeiter-Organisation zu einer Verständigung über die Frage, wie die Leistungen zu vollbringen sein werden, bereit sei. Damit ist er fertig. Er wendet sich im übrigen nur gegen die „Siegestransporte“ der Westmächte und verführt, das Wichtigste hinzuzufügen. Nämlich die Verantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen die Bergarbeiterschaft zu Verhandlungen wecks Verständigung in oben gekennzeichnetem Sinne bereit ist. Unseres Erachtens müssen von der Regierung und von den Befehlshabern bestimmte Garantien gegeben werden, bevor auch nur an Verhandlungen gedacht werden kann. Oder will der Bergarbeiter-Verband unter Berufung auf die „nationale Not“ die Bergarbeiter mit verbundenen Augen der verschärften Ausbeutung durch das deutsche Kapital ausliefern, ohne für die Rechtsleistungen, an die man anschließend denkt, weitgehende Requirivalente in Gestalt von weitgehenden Rechten zu entscheidendem Einfluß der Bergarbeiterschaft auf die Produktion zu fordern?

## Die Fragen der Kammerkommission

### Misserand soll Auskunft geben

D.R. Paris, 23. Juli.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat Misserand einen Fragebogen betreffs der Entlassung und der Steinkohlenlieferungen zugestellt. Die Kommission verlangt Mitteilung über den Grund des neuen Ausschusses der deutschen Entlassung. Weiter wird Auskunft über die deutschen Vorschläge, die mit Bezug auf die Steinkohlenlieferungen versprochen wurden, verlangt, ferner eine Mitteilung über die Verpflichtungen, die Frankreich Polen gegenüber übernommen hat, welche Unterhandlungen dem polnischen Kriegseintritt vorangegangen sind, sowie welche Meinung die Militärfachverständigen über den möglichen

Erfolg dieses Krieges hatten. Es wird weiter gefragt, ob bezüglich dieses Punktes Uebereinstimmung zwischen dem Generalstab, der Militärkommission in Polen und dem Auswärtigen Amt in Paris erzielt worden sei. Man der Hilfe der Bundesgenossen sicher?“, wird mündlich gefragt, „und wenn ja, welche Hilfe werden die anderen leisten?“

Finanzminister Marshall erklärte im Senat, in der Frage der Schadenersatzung habe man keinerlei Ziffer festgelegt. Man habe weder von deutscher noch von alliierter Seite auf einen bestimmten Betrag hingewiesen und zwischen den Deutschen und den Alliierten wurde keinerlei Abkommen unterzeichnet oder vorbereitet. Das Versäulter Abkommen gebe auch keine Veranlassung, über diesen Punkt zu debattieren. Das französische Volk, Parlament und Regierung seien einig, daß der Angreifer keine Verwüstungen bezahlen müsse und eine Unterhaltung hierüber sei unzulässig.

## Ablehnung des Amnestieantrages

Paris, 23. Juli.

Die Sozialisten hatten gestern im Verlaufe der Amnestieerdebatte in der Kammer den Antrag gestellt, daß auch die wegen politischer Vergehen Verurteilten in die Reihe der Begnadigten einbezogen sein sollten. Cailiaux' Woodrat Giassoff erklärte jedoch, Cailiaux wolle keine Begnadigung, und änderte den sozialistischen Antrag dahin um, daß die Verurteilungen des Staatsgerichtshofes von der Begnadigung ausgeschlossen sein sollten. Der Gesamtantrag wurde aber mit 42 gegen 204 Stimmen abgelehnt.

## Das Ergebnis der Reichstagswahl

### Abschließende Ermittlung

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen ist erst jetzt vollständig ermittelt worden. Es ist niedergelegt in einer Zusammenstellung, die der Reichswahlleiter Dehnbrededen unter dem Titel „Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920“ veröffentlicht. Danach betrug die Zahl der im ganzen abgegebenen gültigen Stimmen 26.017.590. Danach betrug für die einzelnen Parteien die Zahl der

	Stimmen	in den Mandate Kreis	auf Wahlkreis-Verbänden	Reichsliste
Unabhängige	4.895.317	66	8	7
Sozialdemokraten	5.614.456	77	9	6
Zentrum	3.540.830	47	6	8
Demokraten	2.202.334	20	8	8
Deutschnationale	3.795.778	46	7	9
Deutsche Volkspartei	3.006.316	47	5	8
Kommunisten	441.995	1	—	1
Bayerischer Ebd.	218.884	3	—	1
Hannov. Landesp.	319.100	4	1	—
Christl. Volkspartei	65.219	—	—	3
Bayerische Volksp.	1.171.722	18	—	3

Daneben sind als Vertreter der Wahlkreise, in denen am 6. Juni wegen der Abstimmung über die Reichszugehörigkeit noch nicht gewählt worden ist, aus der Rationalversammlung Mitglieder des Reichstags vorläufig verblieben: 19 Sozialdemokraten, 2 Mitglieder des Zentrums, 9 Demokraten, 4 Deutschnationale, 8 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, so daß dem Reichstag angehören:

Unabhängige	81
Sozialdemokraten	113
Zentrum	67
Demokraten	45
Deutschnationale	60
Deutsche Volkspartei	62
Kommunisten	2
bayerischer Bauernbund	4
Deutschnationale	5
Bayerische Volkspartei	21

Von den 408 Mitgliedern des Reichstages sind 329 in den Wahlkreisen gewählt, 44 haben ihr Mandat durch Verrechnung von Reststimmen in den Wahlkreisverbänden und 51 durch Reststimmen der Reichsliste erhalten. Außerdem gehören 42 Mitglieder der Rationalversammlung aus Wahlkreisen, in denen am 6. Juni nicht gewählt worden ist, dem Reichstag an.

Die Entscheidung in China. Reuters meldet aus Peking: Die Anspartei erklärte ihre Niederlage. General Luen-Tschai hat sich zu einer völligen Kapitulation bereit gefunden. Die Christpartei ist jedoch auf diese Uebergabebedingungen noch nicht eingegangen.

## Die Quäker

Von F. Kiebel

Als um die Mitte des 16. Jahrhunderts auch in England die Reformation durchzuführen, konnte sie sich im Inland nur schwer von den katholischen Formen trennen, welche einen wesentlichen Stützpunkt der früheren Bekenntnisse anmachten. Es war also selbstverständlich, daß eine große Anzahl religiös empfindender Menschen gegen die unvollkommenen, den Erwartungen nicht entsprechende Staatskirche demonstrierte und Vereinfachung des Rituals und der Bekenntnisse wünschte. Die Königin Elisabeth versuchte, wie das bei orthodoxen Herrschern so allgemein üblich ist, mit äußerster Strenge gegen die „Dissidenten“ vorzugehen. In der Uniformitätsakte von 1559 verbot sie einfach alle Widersprüche gegen die anglikanische Kirche und ließ alle widerstrebenden Lehrer und Anhänger einfrieren und mit hohen Geldstrafen belegen. Wie gewöhnlich, schloß eine solche Strenge gegen Andersdenkende in das Gegenteil um. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich der Masse, man hatte ihre Vorkämpfer in Glaubensfreiheit zu Märtyrern gemacht, und eine gewaltige Seite der Independents d. i. der „Unabhängigen“ war die Folge. Man wollte Gewissensfreiheit, Unabhängigkeit von der Staatskirche, reinliche Scheidung von Glaubens- und Staatsgewalt, Vereinfachung aller kirchlichen Formen, Ablehnung der indizierten Theologie und was der sozialen Forderungen noch mehr waren. Die einmal entsagte Volksbewegung war nicht wieder einzudämmen. Bedeutende Männer machten sich den Volksgedanken zu eigen, und als sich der Parlamentsführer Oliver Cromwell an die Spitze der Independents stellte, schien es, als wenn dieser Dissidentismus die Staatskirche überflügeln müßte. Das wurde durch Uneinigkeit und falschen Kapitalismus der Anhänger selbst vereitelt. Die einen sahen die Sache rein politisch an, predigten Steuererweigerung und Abschaffung aller Obrigkeit, die anderen formalen Bekenntnisse, die sich mit apostolischen Anschauungen deckten, und die dritten zogen sich großend zurück, weil sie überhaupt keine religiöse Befriedigung mehr in dem Independismus entdecken konnten. Das war die Geburtsstunde der Quäker.

George Fox (1624—1701) hieß der Wahre Kreuzer, welcher die Massen zu einer neuen religiösen Bewegung hinriss. Und läßt man sein Unternehmen in der Tat. Hatte er doch nicht allein die Regierung, sondern auch die gesamte anglikanische Geistlichkeit, wie den ganzen Anhang der Independents gegen sich, trotzdem er sich stark an den Independismus anlehnte. Aber eine unentwegte Ruhe, ein nicht zu überbietendes Eifer, eine fanatische Begeisterung ließ Fox alle Schwierigkeiten überwinden. Hatten ihn Bayern, durch die Weilschheit aufgeschreckt, halb tot geschlagen, so erhob er sich nach der ersten Ohnmacht, verzeh alle Widersacher — und predigte weiter.

Und was lehrte er? Wir brauchen keine Kirche, kein Bekenntnis, keine Theologen und indizierten Massen. Die Kraft Gottes liegt in jedem Menschen und unmittelbar ohne Vermittler wirkt sie in uns und bringt uns durch innere Sammlung zur Erlösung. Die Kraft Gottes offenbart sich in uns durch unser Gewissen, und wie der Geist dazu treibt, der mag reden. Wir Menschen sind alle Brüder,

alle gleich und alle berufen. Die Bibel ist unsere Richtschnur zum richtigen Handeln, wie Christus uns vorbildlich sein soll in seinem Tun und Wandel.

Die Quäker sehen also in Christus nicht ohne weiteres den „Erlöser“ und Gottsohn, sondern einen „Gleichen“, Gottbevorzugten, dem nachzugehen und Gutes zu tun, Sache des inneren Gebotes ist.

Fox hat seine Anhänger zu einer „Gesellschaft der Freunde“ zusammengeschlossen. Society of friends. Das ist der offizielle Name auch noch heute. Das Wort Quäker ist aus einem Volksschlagwort entstanden. In ihrer idealen Begeisterung redeten sich die neuen Propheten in eine Ekstase hinein, die sie am ganzen Körper „zittern“ machte. In der Tat heißt „quake“ nichts weiter wie zittern. Sehr er zittert beim Sprechen, riefen die Zuhörer, es ist ein Quäker. Man hat späterhin den Ausdruck biblisch erklären wollen nach Psal. 2, 12, wo es heißt: „Du sollst vor dem Herrn in Angsten zittern“. Das ist aber nur ein Versuch, die Ramengung in gläubiger Weise auszulösen, der der historischen Herkunft nicht gerecht wird.

Ganz bedeutend wurde die Quäkerbewegung erweitert durch das Auftreten von William Penn welcher 1690 nach Amerika auswanderte, um dort für diese Ideen praktische Propaganda zu treiben. Das Territorium Pennsylvania hat in der Tat seinen Namen nach dem eifrigen Glaubensapostel, denn hier war die erste Stätte seiner Wirksamkeit, von hier aus ging das amerikanische Quäkertum zu einer noch höheren Blüte wie im Stammland England über. Penn sozialisierte, wenn man so sagen darf, die Quäkerbewegung weiter. Er predigte das Naturrecht der Menschen. Die Gleichheit der Brüder erlegt auch als erste und größte Verpflichtung die Hilfe an alle Bedürftigen und Leidenden auf. Der Ausgleich kann nur kommen, wenn jeder von seinem Ueberfluß an den Armenen abgibt. In Amerika galt sein erstes Streben der Abschaffung der Sklaverei und dem Verbot der „Freihebungen“ auf Indianer und ihrer Territorien. Abschaffung aller Steuern, Verweigerung jeden Kriegsdienstes, das waren die radikalsten Forderungen der Quäker.

Gewiß, nicht alles was Fox und Penn wollten, ließ sich im Staatenleben durchführen. Wenn sich die Quäker nicht außerhalb der Gesetze stellen wollten, so mußte sie in manchen Radikalitäten ein Loch zurückschneiden. Die Steuererweigerung hat nicht allzulange angehalten, heute macht kein Mitglied der „Freunde“ dem Staate deshalb Schwierigkeiten, und im amerikanischen Freiheitskriege hatte mancher Quäker zu den Waffen gegriffen, ohne aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden.

Heute zählen die Quäker in Amerika zu den besten und angesehensten Staatsbürgern, und ihre Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung von „Mühseligen und Beladenen“, die durchaus nicht vor Andersdenkenden Halt macht, läßt sie im Staatenleben als sehr schätzenswertes Glied des Gemeinlebens gelten.

Wie steht die Quäkerbewegung in Deutschland? Es hat kaum eine gegeben!

Zwar hat es an Versuchen, sich in Deutschland zu etablieren, nicht gekehrt. Diese Versuche sind aber lange her und haben niemals zu irgendeinem Resultat geführt. 1659 gründete ein gewisser Aines in Griesheim in der Pfalz eine Gemeinde,

100 Jahre hat sie bestanden, dann wanderten alle Gläubigen, überflüssig der Drangsalierungen durch die sächsischen Keesie, nach Amerika aus. Um 1660 waren kleine Gemeinden der Quäker in Hamburg und Danzig und 1788 wurde eine solche in Vermont begründet. Diese hielt sich am längsten, nämlich bis 1855. Seitdem war es still in Deutschland, bis eben jetzt wieder durch ein großes Liebeswerk der amerikanischen Quäker der Name in Deutschland populär zu werden anfing.

Hat die „Gesellschaft der Freunde“ Aussicht, jetzt in Deutschland festen Fuß zu fassen? Die Möglichkeit ist durchaus nicht von der Hand zu weisen. Wenn Mormonismus, Heilsarmee, Gesundheitsbewegung, Methodismus und selbst Buddhismus in den deutschen Ländern große und wirkungsvolle Gemeinden finden, dann ist das Quäkertum weit eher am Platze, denn es ist vernünftiger, einfacher und anheimelnder wie alle diese Bekenntnisse. Welche Einsicht der Erbauung! Ohne Prunk, ohne liturgische Gebete, ohne konfessionellen Zwang, finden sich die Anhänger der „Freunde“ zur gemeinsamen Tatkraft zusammen. Kein Gesänge und Lärm, wie in den aufsehenerregenden Aufmachungen der Heilsarmee. Keine Beschränkung der Wissensquellen, Hebung der allgemeinen Bildung, und eine geradezu grobartige Auffassung der Nächsten- und Menschenliebe. Ein unentwegter Pazifismus, der sie allem Kriegsdienst und Kriegstreiberien abhold macht, keine religiösen Belagerungen und Eide; wo noch der Handschlag gilt und angenommen wird — ja, kann eine solche Auffassung der Religiosität nicht gebildet sein? In ihrer einfachen volkstümlichen Weise des Gottesdienstes ähneln die Quäker sehr den apostolischen Gemeinden, die bekanntlich in den kleinen Kreisen der Gesellschaft eine gewisse „ularität“ genossen. Doch diese Ähnlichkeit ist nur äußerlich, innerlich stehen die Quäker unendlich höher, ablehnend gegen den Welt und Bibelgesprächen, Christusbezeuerungen und Worglauben seiner redlichen Gesellschaft.

Allerdings, da die Bibel immerhin als Offenbarungsbuch gilt, wird die Quäkergesellschaft in aufgefälligen Arbeiterkreisen kaum Anerkennung und Anhang finden. Wohlwut und mitzuteilen, ist ja auch nicht das Privilegium einer besonderen Glaubensgemeinschaft. Das predigen alle Religionen, und ist im Grunde die Empfindung jedes edel denkenden Menschen. Ueberdies läuft gerade die Quäkergesellschaft, insofern ihrer einfachen und verständlichen Lehren, Gefahr, zu zerplüßern und sektiererisch zu verzerren, wie das in Amerika leider schon zu oft beobachtet worden ist. Da sondern die „Harmonisten“ ab, die sogar die Ede verwarfen und wie eine andere Quäkersekte, die „Perfectionisten“, die freie Ehe und Weibergemeinschaft forderten. Da gab's die Joaristen, welche Jacob Böhme als ihren Propheten erkannten, und heute wohl schon ausgefallen sind. Dagegen wirken heute noch in Neuherrlichkeiten die Späters, die Gütergemeinschaft predigen und in Bergzungen nach Art alter Heiliger ein besonderes Gnadenheil suchen. Oder die früher in Deutschland (Halle) tätigen Jesuitent!

Man sieht, alles Gute hat seine bedenklichen Seiten, und mit tun gut, alles Schöne, was uns von dieser Seite kommt, anzuerkennen und dankbar zu verwerthen, im übrigen, nach berühmten Worten, jeden nach seiner Fasson selig werden zu lassen.

# Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten

H.N. Brüssel, 22. Juli.

Der sozialistische Minister Vandervelde wird in der bevorstehenden Konferenz der zweiten Internationale in Genf einen Bericht über die Verantwortlichkeit für den Krieg abgeben. Dieser Bericht wurde gestern im allgemeinen Rat der belgischen Arbeiterpartei genehmigt. Er lautet:

Die Sozialisten der Zentralmächte haben in der ersten Konferenz 1915 anerkannt, daß die imperialistische Politik aller Mächte indirekt mitverantwortlich für den Weltkrieg gewesen ist. Wenn aber irgendeine Tatsache historisch festgestellt ist, so ist es die, daß die Regierungen der Zentralmächte direkt für die Herbeiführung der Katastrophe verantwortlich sind. Diese Verantwortlichkeit wurde außerdem früher von dem sozialistischen amtlichen deutschen Organ, dem "Vorwärts" vor Kriegsende eingestanden. Die Deutschrift, welche die deutschen Sozialisten (darunter sind die deutschen Rechtssozialisten gemeint, Red. d. Br.) zur Rechtfertigung ihrer Haltung in Genf einreichen werden, läuft übrigens hinsichtlich ihrer eigenen Verantwortlichkeit auf ein Paludoyer für mildernde Umstände besonders dadurch hinaus, daß sie auf ihren geringen Einfluß auf die auswärtige Politik hinweist und auf die Furcht, welche der russische Zarismus dem deutschen Volke einschloß. Seit Kriegsanfang haben wir nicht gemögert, diese mildernden Umstände anzuerkennen. Wir können zugestehen und haben das auch immer getan, daß die deutschen Sozialdemokraten sich im Anfang über die unmittelbare Verantwortlichkeit irren konnten und in gutem Glauben darüber hätten sein können, daß der Krieg für sie teilweise wenigstens, ein Verteidigungskrieg war. Dies erklärt, daß sie mit fast allen Stimmen die ersten Kriegskredite annehmen konnten, ohne daß dies aber ihre Haltung rechtfertigte.

Durch die späteren Ereignisse ist es aber vom moralischen Standpunkt aus unmöglich gewesen, bei dieser Ansicht zu beharren. Rosa Luxemburg, Liebknecht, Bernstein und die Unabhängigen haben sich von ihrer Partei getrennt. Die Mehrheitssozialisten hingegen änderten ihre Haltung nicht. Sie haben mit keinem einzigen Wort gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestiert und durch ihre Schwäche sind sie an der Schreckenspolitik und der Eroberungspolitik, welche die kaiserliche Regierung bis zum Ende des Krieges in Belgien und Frankreich geübt hat, mitschuldige geworden. Sie haben kaum ein Wort des Tadelns über die Verschleppung der belgischen und französischen Arbeiter geäußert, während die Unabhängigen Sozialisten hingegen gegen diese neue Treiberei protestierten. Sie haben den Frieden von Compiègne genehmigt. Sie haben bis zum Ende die kaiserliche Politik moralisch und tatsächlich unterstützt und dadurch eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen unmöglich gemacht. Dies ist der Grund, weshalb die belgische Arbeiterpartei sich geweigert hat, nach Stockholm zu gehen. Solange die Sozialisten der Mittelmächte nicht bereit waren, ihre Regierungen dazu zu bringen, die Bedingungen eines demokratischen Friedens anzunehmen, und die Mehrheitssozialisten diese Bedingungen selbst nicht annehmen und sich von der kaiserlichen Politik loslagten, konnten sie sich an der Novemberrevolution erst nach der Niederlage der deutschen Heere beteiligen.

Sogar jetzt noch müssen wir feststellen, daß die doppelte Haltung vieler deutscher Sozialisten und ihrer Führer hinsichtlich der Verantwortlichkeit für den Krieg anzuerkennen, nicht geeignet sind, uns Vertrauen einzufloßen, was für eine gemeinsame Aktion der anderen Länder gegen Militarismus und Imperialismus eine Vorbedingung ist. Es ist deshalb notwendig, daß wenn die deutschen Sozialisten dies nicht genügend klar sehen, die Konferenz selbst die Verantwortlichkeit feststellt und die Anerkennung der begangenen Fehler verlangt, und auf der anderen Seite unterlassen wird, was die deutsche sozialistische Einheit wiederherstellen kann, in der die einzige tatsächliche und zweckmäßige Sicherheit gegen eine neue Offensive der reaktionären Elemente zu suchen ist.

Die Deutschrift Vanderveldes, die von der belgischen Arbeiterpartei genehmigt worden ist, bedeutet die denkbar härteste Verurteilung nicht nur der Kriegspolitik der deutschen Rechtssozialisten, sondern auch jener zweideutigen Haltung, die ein großer Teil der rechtssozialistischen

Führer auch jetzt noch in den mit der Kriegspolizei zusammenhängenden Fragen einnimmt. Wichtig ist vor allem die Feststellung, daß die Rechtssozialisten durch ihre Unterstützung der kaiserlich-deutschen Kriegspolitik die Verantwortung für den Krieg, mit allen seinen furchtbaren Begleiterscheinungen und Folgen, mit übernommen und durch ihren Verrat an der proletarischen Solidarität die Internationale zerfallen haben. Andererseits wird von Vandervelde anerkannt, daß die Haltung der Unabhängigen und des Spartakusbundes im Kriege den internationalen Pflichten des Proletariats entspricht.

Wir vermögen die Gründe nicht zu billigen, mit denen Vandervelde die Nichtbeteiligung der belgischen Arbeiterpartei an der Stockholmer Friedenskonferenz im Sommer 1917 zu rechtfertigen sucht. Gerade die Haltung Vanderveldes, des damaligen Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Bureaus, hat den Mißerfolg der von den russischen Genossen angeregten Stockholmer Friedenskonferenz mitverschuldet und damit wesentlich dazu beigetragen, daß die einheitliche Kraft des internationalen Proletariats im Kampfe gegen den Krieg nicht ausgelöst wurde. Insofern handelt es sich bei den Anklagen Vanderveldes gegen die deutschen Rechtssozialisten um die Anklage eines Mannes, der seine eigene verderbliche Kriegspolitik, seine eigene Freigabe der internationalen sozialistischen Grundzüge durch den Verrat der deutschen Rechtssozialisten zu rechtfertigen sucht. Wir billigen diese Rechtfertigung ebensowenig, wie alle Reinwaschungs- und Rechtfertigungsversuche der deutschen Rechtssozialisten. Das schwächt indessen die sachliche Berechtigung der Kritik Vanderveldes an den deutschen Rechtssozialisten keineswegs ab, sie zeigt vielmehr, daß selbst jene Parteien, die zusammen mit den deutschen Rechtssozialisten in der zweiten Internationale verblieben sind, ihnen heute noch das größte Mißtrauen entgegenbringen. Wir vermögen nicht einzusehen, daß eine solche internationale Organisation, der die Grundlage jeden ersprießlichen Wirkens: das gegenseitige Vertrauen, selbst, für eine internationale Aktion des Proletariats irgendwie in Betracht kommen könnte.

## Die Affäre Bela Kahun

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

Die unangenehme Affäre Bela Kahun, in der die Regierung eine zum mindesten übermäßige Korrektheit an den Tag gelegt hat, wird hoffentlich noch eine Lösung finden, die irgend welche ernsthafte politischen Verwicklungen für sämtliche Beteiligten vermeidet. Zur Vorgeschichte der Angelegenheit ist zu bemerken, daß die österreichische Regierung an die deutsche Regierung des Ersuchen gerichtet hatte, Bela Kahun mit dem Gefangenentransport zusammen durch Deutschland zu transportieren. Die deutsche Regierung hatte diesen Vorschlag abgelehnt, da sie nach den Bestimmungen des Völkerrechts nicht dazu in der Lage sei. Die österreichische Regierung befand sich aber in einer sehr unangenehmen Zwangslage, sie konnte ihre österreichischen Gefangenen aus Rußland nur wiedererhalten, wenn sie die Bedingungen der Sowjetregierung erfüllte und gleichzeitig die ungarischen Zivilinternierten nach Rußland transportierte. Da als einziger Weg, der durch Deutschland offen war, so blieb ihr nichts anderes übrig, als den Versuch zu machen, Bela Kahun doch durch Deutschland hindurch zu transportieren. Der Transport hatte auch ohne jede Beanstandung die tschechoslowakische Pässe, plötzlich machte aber das tschechoslowakische Blatt "Korobna List" auf die Anwesenheit Bela Kahun in dem Transport aufmerksam. Auch das Verhalten der österreichischen Transportmannschaften hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf die Anwesenheit Bela Kahun in dem Transport zu lenken, so daß das Wehrfreikommando in Steier eine dienstliche Meldung an die deutsche Regierung richtete, die nun gezwungen war, den Transport anzuhalten, um sich nicht irgendeiner Völkerrechtsverletzung schuldig zu machen.

Die deutsche Regierung will in einer Note die österreichische Regierung von der Sachlage in Kenntnis setzen. Der österreichische Außenminister Renner hat sich bereits ganz deutlich dahin ausgesprochen, daß er in eine Zurücknahme des Transports nicht einwilligen könne. Trotzdem wird der Transport auf seinem Rückwege nach Österreich nicht angehalten werden, er befindet sich auf dem Wege nach Passau. Es ist selbstverständlich, daß irgendein Weg gefunden werden muß, um nicht nur im Interesse der österreichischen Regierung den Abtransport Bela Kahun zu ermöglichen, sondern auch um ernsthafte Konflikte mit der Sowjetregierung zu vermeiden. Die Ueberführung Bela Kahun an die russische Grenze in irgendeiner Form liegt also im allerseitigen Interesse.

In der Erwartung, daß die Angelegenheit sich so wird regeln lassen, ist auch die Berliner Vertretung der Sowjetregierung davon überzeugt, daß das Verhalten der deutschen Regierung korrekt war. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich in folgender Weise beigelegt werden können: Die österreichische Regierung wird sich entschließen müssen, die Auslieferung Bela Kahun aus dem exterritorialen Transport durch die deutsche Regierung zu gestatten. Die deutsche Regierung wird dann den Fall Bela Kahun völlig geordnet und korrekt behandeln. Bela Kahun wird als politischer Verbrecher von der ungarischen Regierung gelöst. Als politischer Verbrecher gemeldet er in Deutschland Asylrecht und kann als solcher nicht ausgeliefert werden. Sofern ihm gemeine Verbrechen vorgeworfen werden, stehen diese im Zusammenhang mit politischen und sind durch die politischen Verbrechen gedeckt. Es ist also auf diese Weise die Erfüllung einer Auslieferungsforderung nicht möglich. Andererseits wird Bela Kahun von der deutschen Regierung als "lästiger Ausländer" angesehen, und es besteht die Möglichkeit, lästige Ausländer ohne Angabe von Gründen auszuweisen. Die Wahl der Grenze, wohin die Auszuweisenden transportiert werden wollen, steht ihnen frei, so daß auf diese Weise der Fall in völlig korrekter Weise erledigt wird. Wir hoffen, daß die deutsche Regierung sich entschließt, diesen Weg zu beschreiten und daß wir vor weiteren diplomatischen Zwischenfällen bewahrt bleiben.

## Neue Unruhen in Belfast

London, 23. Juli. (Reu...)

In Belfast begannen gestern Abend die Unruhen von neuem. Ein Mann wurde erschossen. Ein anderer lebensgefährlich verwundet.

## Die englischen Gewerkschaften für Irland

London, 22. Juli.

Lloyd George empfing heute nachmittag eine Abordnung, die ihm die vom Gewerkschafts-Kongress bezüglich Irlands gefasste Resolution unterbreitete. Lloyd George gab seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, Irland als Mitglied des englischen Reiches jede Regierungsform zu geben, die für die Gesamtheit des Volkes annehmbar sei. Er verlangte aber die Versicherung, daß die Home Rule im Süden und Westen angenommen werde. Der Parliamentsauschuß des Gewerkschafts-Kongresses trat wiederum zusammen, um über eine Abstimmung der Gewerkschaften in der Frage der Durchsetzung ihrer Forderungen vermittelst eines Streikes zu beraten.

Der Gewerkschafts-Kongress fordert die Anerkennung Irlands als gleichberechtigten, gleich allen übrigen Gliedern Großbritanniens mit politischen Rechten ausgestatteten Teil des Reiches. Die englischen Gewerkschaften sind bereit, den irischen Standal eventuell durch einen Streik zu beseitigen.

## Die irische Frage im Unterhaus

London, 22. Juli.

(Unterhaus.) Bei der Erörterung der Lage in Irland läudigt der Chefschreiber für Irland Greenwood einen Gesetzentwurf an, durch den im Hinblick auf den Zusammenbruch der ordentlichen Gerichtshöfe in Irland, ein außerordentlicher Gerichtshof zur Aburteilung aller Verbrechen errichtet werden soll. Greenwood hat um einstimmige Unterstützung des Hauses, indem er sagt: Die Lage in Irland ist schlimm und wird vielleicht noch schlimmer werden. Das Haus und das Land müssen sich auf einen bitteren Abschnitt in der irischen Geschichte gefaßt machen. Es wird ein entschlossener, organisierter Versuch gemacht werden, durch die Mittel des Mordes und der Einschüchterung eine irische Republik zu errichten. Der Versuch wird nicht ohne Kampf aufgegeben werden. Er kann aber zu Fall gebracht werden, durch vereinigte Widerstand gegen solche wilden Methoden.

## Die russische Note an England

London, 23. Juli.

"Daily Herald" veröffentlicht jetzt ausführlich den Inhalt der russischen Note an England, welche bis jetzt von dem englischen Kabinett geheim gehalten wurde.

Die russische Regierung sagt, sie freue sich, daß die englische Regierung jetzt Wert darauf lege und das Bestehen zierlicher Beziehungen zwischen Rußland und den Randstaaten schätze. Eine englische Intervention zu diesem Zweck sei aber ganz unnötig, da Rußland mit dreien der Randstaaten bereits Frieden geschlossen habe und mit Lettland und Finnland Unterhandlungen für einen Frieden fühle. Was Polen betreffe, so müsse die russische Regierung die englische daran erinnern, daß sie den Wunsch nach friedlichen Beziehungen nicht geäußert habe, als Polen keine nicht herausgeforderten Angriffe unternahm. Auch habe die englische Regierung während früherer Verhandlungen mit den Randstaaten ihre guten Dienste nicht angeboten, im Gegenteil, England sei vom Obersten Rat nachdrücklich gewarnt worden, einen Frieden mit der Räteregierung zu schließen. Trotzdem habe die Räteregierung auch jetzt an ihren früher bekannt gegebenen Grundgedanken für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn fest. Sie könne aber keinen Hehl daraus machen, daß die englischen Waffenstillstandsverträge von einem Teil der polnischen Politiker und vom polnischen Landtage sehr ungünstig aufgenommen worden sind und deshalb müsse sie die Lage und die gemachten Vorschläge mit Vorsicht überlegen. Dazu komme, daß die englische Regierung das Gefühl der Räteregierung um Intervention zur Verhinderung des polnischen Angriffes in der Ukraine unbeantwortet gelassen habe und sie könne daher nicht die Rolle eines neutralen Zuschauers spielen. Auch habe die englische Regierung sich in ihren eigenen Mitteilungen an die Räteregierung als eine kriegführende Macht bezeichnet, und die Räteregierung müsse der Gefahr Rechnung tragen, daß die Verschönerung zwischen Rußland und Polen nur den Interessen der dritten Partei untergeordnet werde, insbesondere da die Feldzüge Denikins und Koltschaks im englischen Unterhaus als Mittel zur Verteidigung Indiens besprochen worden sind. Trotzdem aber müsse die Räteregierung, daß die arbeitenden Massen in Rußland und Polen den Frieden wünschten und deshalb erkläre sie sich bereit, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen. Polen müsse sich aber direkt an die Räteregierung wenden.

Die Anspielung der englischen Note auf den Völkerbund beantwortet die Räteregierung damit, daß sie darauf hinweist, daß Rußland nie ein Dokument vom Völkerbunde erhalten habe, daß die Gründung oder das Bestehen dieses Bundes andeute, und die Räteregierung habe nie Gelbigkeit gehabt, sich zu entschließen, ob sie den Statutenverein anerkennen wolle oder nicht. Unter diesen Umständen könne sie nicht zulassen, daß irgendeine Vormacht sich die Rolle des Herrn der Welt annehme. Die Note bezieht sich ferner, daß die Festlegung der apolnischen Grenze im Friedensvertrage von Versailles der Einfluß der russischen kapitalistisch-gegenrevolutionären Elemente beraten worden und deshalb Polen gegenüber unredlich gewesen sei. Die Räteregierung sei bereit, als die alliierten Vorschläge sie vorsehen. Weiter bemerkt die Note, daß der Mangel an Waffen sicher von einer der Ententemächte unterstützt worden sei und keine Munition mit englischen Schiffen oder aus englischen Häfen, die von den Engländern kontrolliert werden, erhalten habe. General Wrangel solle sämtliche Truppen und Waffen der Räteregierung ausliefern. Die russische Regierung verbürge die persönliche Sicherheit des Generals, ebenso die seiner Armee und der Flüchtlinge.

## Die Araberaufstände in Mesopotamien

H.N. London, 23. Juli.

Churchill erklärte im Unterhaus, daß die britischen Streitkräfte, die in Mesopotamien südwärts vorrückten, am Montag mit arabischen Streitkräften zusammengegriffen. Die Araber zählten 2000 Mann. Der Kampf fand einige Meilen nordwestlich von Rumaila statt. Die Lage im Gebiet von Samawa habe sich gebessert. Der Aufstand im Distrikt von Shamirah hat sich nicht ausgebreitet und wird wahrscheinlich unterdrückt sein. Die britischen Kolonnen, welche die Garnison von Rumaila entsetzen sollten, haben ihr Ziel erreicht. Der Feind, der sich zurückzieht, wird von den Briten verfolgt.

Lloyd George sagte zu dieser Erklärung im Unterhaus: Die Politik der Regierung gehe darauf hinaus, einen arabischen Staat in Mesopotamien zu bilden. Diese Politik sei den Arabern bekannt, so daß daher keinerlei Grund zu Aufständen vorliege.

Dieser "arabische Staat" wird natürlich keine selbständige Politik treiben dürfen, sondern nur ein Mittel zur Durchführung der imperialistischen Pläne Englands in Vorderasien sein.

## Das Ultimatum an Emir Faissul

H.N. Paris, 23. Juli.

Das Ultimatum des Generals Gouraud, das von Emir Faissul angenommen wurde, enthält die Anerkennung der französischen Mandatur, die freie Verwendung der Eisenbahnen von Aleppo nach Rejaal, die Belegung von Aleppo und die Einstellung der Truppenaushebung, ferner Herabsetzung des Heeres bis zum Bestande vom 1. Februar 1920, die freie Zirkulation der franko-syrischen Goldwährung und die Bestrafung derjenigen, die Attentate auf Franzosen verüben.

Ein neues Zeitungsunternehmen des Stinnes-Konzerns. Ein großes neues rechtstehendes Zeitungsunternehmen soll, wie der Stuttgarter "Beobachter" hört, in Stuttgart gegründet werden. Es sollen in den letzten Wochen bereits Verhandlungen mit Grobdruckern und bekannten auswärtigen Verlegern stattgefunden haben. In einzelnen Blättern wird gesagt, daß Stinnes das neue Unternehmen finanziere.

## Das Herz Frankreichs

Deutschlands und Frankreichs Herz schlägt nicht, wo ihre bürgerlich-nationalen Franzosen wehen und Soldaten Griffe klopfen. Frankreichs Herz ist nicht Rodos Herz, und Deutschlands Herz ist nicht Ludendorffs Herz. Wir dürfen uns nie vorkommen lassen und einander töten, damit andere in Ruhe und Sicherheit unser Blut in Geld und Ware umsetzen. Wir müssen unermüdet unsere Solidarität betonen, unermüdet auf die Stimmen hören, die zu uns herüberlingen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen, wenn die bürgerlich-nationalistischen Weltstrome täglich aufs neue in Fallgruben locken, um die Arbeiter beider Länder miteinander zu machen und den Zwiespalt des Proletariats für kapitalistische Zwecke auszunutzen. Man jagt euch, Frankreich wolle keinen wahren Frieden mit uns, aber wie kann einmal von einem wahren Frieden die Rede sein, solange man bei uns nicht an ihn denkt. Wenn ihr euch weiterhin auf die chauvinistischen Heher in Paris verläßt, seid ihr ebenso verlassen, wie, wenn ihr euch auf Stinnes und Ludendorff verläßt.

Da sind Verse gesammelt worden. Eine Schwalbe macht keinen Sommer. Verse erzeugen keine wirtschaftliche Umänderung. Verse sind Befehle. Verse sind keine Fundamente. Man muß aber hindrinnen, aufnehmen, antworten, bejahen, wir müssen unsere wahren Freunde erkennen, damit wir den wahren Feind verwerfen. Jede Zeile, die brüderlichen Geist atmet, ist wertvoll. Wird ein Waffe. Wir dürfen sie nur nicht überhören. (Obstian wird ein Bers länger leben kann als ein Wolf, ein Erdteil, eine Welt.) Diese französischen Bruderverse sind in einem kleinen Bündchen vereinigt. Die Zeugnisse französischer Freiheitskämpfer haben Joan Goll und Claire Goll-Studer übertrugen. Für dies Freundschaftswort ist ihnen zu danken. In diesen Versen sprechen Frankreichs beste Leute (Kolland, Gullibeau, Duhamel, Arcos, Labardier u. a.) und in diesen Versen atmet nicht nur kosmopolitischer, sondern auch proletarischer Geist. Von unserm gemeinsamen Land wird gesprochen, von unserm Bunde und unserm Feinde. Mitten drin blühen Lilie, Jaspe, von innen heraus aufsteigend wieder, am Ende flammt ein Hymnus auf Liebknecht. Kurt Kersten.

Das Beh-Rainer-Ballett im Komdienshaus erlöste in jart gewählten Stimmungen und Lichtern für Augenblicke von der Schwere des Gedankens und der Wirklichkeit. Ellen Beh und Pascha Leonjew, die Flügel des Balletts, trugen den Gesamtkörper in erquickendem Takt. Begleitende Musik (unter Führung von Moesgen) und Bewegungen schmeigten sich elastisch ineinander.

Das Berliner Philharmonische Orchester ist mit seinem Dirigenten Arthur Nikisch nach England zu verschiedenen Konzertveranstaltungen eingeladen worden.

\*) Das Herz Frankreichs. Eine Anthologie französischer Freiheitskämpfer. Herausgegeben und überlegt von Joan Goll und Claire Goll-Studer. G. Müller, München.

